

Betreuungsgeld / Kinderkrippen / Schulzwang ein Tummelplatz der Freiheitsfeinde

Eine Stellungnahme von Tristan Abromeit zu einer Passage von
Gabor Steingart im **Handelsblatt-Morning-Briefing** vom Mittwoch,
22.07.2015

Text 134

www.tristan-abromeit.de

24. Juli 2015

Weitere Texte:

Kommentar zum Thema Bildungsguthaben, Bildungsgutschein,
Bildungs-Chip-Karte, Bildungscard von TA vom August 2010 / Seite 8

Familienpolitik / Betreuungsgeld
und Streitgespräch über multiple Krisen unserer Ökonomie
abgebrochenen Antwort von TA auf Sven Afhüppe, 1. 7. 2013 / Seite 10

Was bedeutet eigentlich „neoliberal“? Handelsblatt-Morning-Briefing
vom 14. 8. 2013 und drei Antworten von TA / Seite 11

Gabor Steingard schrieb:

*Nach der **Pkw-Maut** kippt das Bundesverfassungsgericht nun auch das andere große **Lieblingsprojekt der CSU**. Das 900 Millionen Euro teure **Betreuungsgeld** falle nicht in die Gesetzgebungskompetenz des Bundes und müsse daher gestoppt werden. Die für **Seehofer** bittere Erkenntnis: **Deutschland ist ein Rechtsstaat, kein CSU-Staat**. Die Duftmarken, die er setzte, haben sich verflüchtigt. Innerhalb der CSU riecht es nach **Führungswechsel***

Tristan Abromeit antwortet:

Sehr geehrter Herr Steingart,

man kann darüber streiten, welche Kompetenz der Bund und die Länder haben und dann das Bundesverfassungsgericht nach dem Grundgesetz – das sein Verfallsdatum schon 25 Jahre überschritten hat – einen Spruch fällen lassen. Aber was letztlich richtig und falsch ist, müssen die Bürger in einer Demokratie schon selber herausfinden und möglichst jeder für sich und nicht nach Vorgaben der Meinungsführer und auch nicht dadurch, dass ein Mehrheitsbeschluss abgenickt wird. Eine freie demokratische Gesellschaft zeichnet sich dadurch aus, dass sie ihre Angelegenheiten so regelt, dass nicht die Abstimmungssiege der Mehrheiten dominieren, sondern die Wahlfreiheit der Bürger. Die Bürger der BRD sind aber Systemgefangene des herrschenden Bildungskollektivismus. Sie tun sich schwer mit einer Urteilsbildung über diese Sachzusammenhänge, weil die Presse ihnen keine Hilfe dabei gibt, sich überhaupt ein freies Bildungs- und Betreuungswesen vorstellen zu können. Die Presse in der untergegangenen DDR wurde vom Westen mitleidig belächelt, weil sie sich nur an der Leine der SED bewegen konnte. Es gibt und gab in der BRD sicher auch Versuche, die Presse an die Leine zu legen und partiell gelingt das sicher auch dadurch, dass die Presse und die Politik sich zu oft in einem gegenseitigen Abhängigkeitsverhältnis befinden und die Korrespondenten und Redakteure mit der Drohung der Entlassung diszipliniert werden. Also, grundsätzlich schätze ich die Presse als frei ein – wenn ich den negativen Druck auf die Zeitungsmacher, den sinkende Auflagenzahlen und sinkende Werbeeinnahmen ausüben, außer Betracht lasse. Die Frage ist dann aber, was verursacht den Eindruck, dass die Presse, also auch das HB in Bezug auf den ganzen Erziehungs- und Bildungsbereich als abhängig von Vorgaben und blind im Hinblick auf Aufzeigen von Gestaltungsmöglichkeiten erscheinen lässt? Ich vermute, es liegt daran, dass Journalisten und Redakteure, das Bildungssystem – wie wir es haben – so wie ihre Leser verinnerlicht haben, dass sie sich gar kein anderes mehr vorstellen können. Ich nehme an, dass die Redaktion des HB mit dem Selbstverständnis arbeitet, dass sie Marktwirtschaftler sind. Wenn nicht, sollten sie das offen und ehrlich sagen. Wenn doch,

dann wäre es ihre Aufgabe, den Bildungs- und Betreuungskommunismus mit marktwirtschaftlichen Augen zu durchleuchten.

Es geht aber nicht nur um den real existierenden Bildungskommunismus, sondern auch um den Faschismus in den Köpfen der politisch gestaltenden und berichtenden Bürger, die glauben, das Gute zu fordern und zu tun, dabei aber für die Freiheit gefährlicher sind als die roten und braunen Faschisten. Der Faschismus der politischen Mitte äußert sich in dem Streben, die Herrschaft über die Inhalte in den Köpfen der Menschen zu bekommen und zu behalten.

2012 waren meine Frau und ich auf Island. Dort habe ich im Haus des isländischen Nobelpreisträgers Halldór Laxness sein Buch „Das Volksbuch / Über Island und Gott und die Welt“, das er in jungen Jahren – als er nach dem Christentum für sich den Marxismus entdeckt hatte - geschrieben hat. Ich habe mich für seine mutige Argumentation begeistert – auch wenn ich inhaltlich damit nicht immer einverstanden war. Hier wurde einmal mehr klar, wie das Böse in dem gut Gemeinten wurzeln kann. Meine Eindrücke von Laxness Überlegungen und Empfehlungen habe ich hier verarbeitet:

Text 105.3.2 / Von Gljufrasteinn und Halldór Laxnes über gedankliche Umwege in unsere verworrene Gegenwart zu Hans Künigs Buch *Anständig wirtschaften*
<http://www.tristan-abromeit.de/pdf/105.3.2%20HalldorLaxnessHansKueng.pdf>

Worauf es hier ankommt, auch Laxnes glaubte damals mit dem Sieg des Marxismus als eine wissenschaftlich begründete Weltanschauung könnte man den neuen Menschen formen. Er hielt genau wie die meisten unserer Bildungs- und Sozialpolitiker Eltern zu dumm für eigene Entscheidungen. Die Folge: Die Eltern müssen zum Wohl der Kinder zur richtigen Entscheidung gezwungen werden. Und hinter der Diffamierung des Betreuungsgeldes als Herdprämie steht genau die Überschätzung staatlicher Lenkungsmaßnahmen und – ansprüche und die diffamierende Unterbewertung elterlicher Erziehungsarbeit. Das ist eine Haltung die einer Diktatur entspricht aber im Widerspruch zu einer Gesellschaft der Freien steht. Es geht mir hier nicht um eine Verteidigung der CSU, nicht einmal um ein Pro oder Kontra zur Kinderkrippe oder dem Kindergarten, sondern um einen partiellen Ausschnitt der Politik der CSU, die ich für uns in Deutschland, die wir beanspruchen eine freie Gesellschaft zu sein, für richtig halte.

Mir geht auch folgende Frage durch den Kopf: Wenn der Bund nicht berechtigt ist, das El-

terngeld zu zahlen, dann muss er logischerweise doch auch nicht berechtigt sein, Zuschüsse für die Kindertagesstätten zu gewähren. Aber vielleicht gibt es das Wirrwarr in der staatlichen Finanzwirtschaft, damit der Bürger ein von Spezialisten abhängiger Mensch bleibt.

Nun wird eingewandt, dass Elterngeld würde nicht zielgerecht für die Kinder, sondern allgemein für den Familienhaushalt verbraucht werden und gerade nicht für Kinder, die die Förderung in der Kindertagesstätte nötig hätten. Abgesehen davon, dass es im reichen Deutschland für genügend Familien die Situation so ist, dass dies einer durchaus rationalen Entscheidung entspricht, könnte das Elterngeld in der Form des ursprünglich gedachten Bildungsguthabens¹ gewährt werden, das bindend nur für bestimmte Bildungs- und Sozialleistungen ausgegeben werden, nicht gepfändet und nicht verfallen kann. Auf diese Weise könnte jeder Kindergarten und jede Schule eine dezentrale Einheit in einer Landschaft der selbständigen Kulturunternehmen werden, die innerbetrieblich eine autonome Gemeinschaft² bilden. Diese Gemeinschaften z. B. in der Rechtsform einer Genossenschaft stehen dann untereinander im Wettbewerb um die beste Form und den besten Inhalt. Eltern und ihren Kindern würde für diesen Bereich die direkte Demokratie eingeräumt. Der finanzielle Aufwand würde sich um die Kosten der aufgelösten Bildungsbürokratie verringern oder könnte das Bildungsguthaben erhöhen. Die Kommunen und ihre Räte würden entlastet. Die Bindung und der Einsatz für „unseren“ Kindergarten würde erhöht. Und das heutige Oligopol der Anbieter von Leistungen in der Kinderbetreuung und -bildung, das ein staatlich subventioniertes Kartell ist, würde sich auflösen. Das klingt dann schon nach Neoliberalismus, aber nur, weil man sich mit diesem Komplex und den möglichen Ordnungsformen unserer Gesellschaft nicht genügend auseinander gesetzt hat.

Machen wir uns nichts vor, das Denken in freiheitlichen Ordnungsformen ist bei uns schon so verkümmert, das schon vom Kindergartenzwang – nein, man spricht von Pflicht meint aber Zwang. Deshalb passt hier ein Bericht über den Schulzwang aus der Hannoverschen Allgemeinen Zeitung her:

Immer mehr Schulschwänzer kommen in den Arrest
Schon 300 Fälle in diesem Jahr / FDP: Endlich mehr Sozialarbeiter einstellen
Von Christina Sticht und Karl Doebele

1 Zur Ursprungsidee siehe weiter unten den Kommentar zum Bildungsguthaben.

2 Ich wurde durch den Artikel „Die DNA der Wirtschaft“ oder „Das Ende der Ideologien“ von Florian Josef Hoffmann in *Humane Wirtschaft* 04/2015 daran erinnert, dass der Soziologe Ferdinand Tönnies den Begriff Gemeinschaft geprägt hat, um die hier wirkenden Prinzipien von jenen in der Gesellschaft zu unterscheiden.

Hannover. Schon mehr als 300 hartnäckige Schulschwänzer haben seit Jahresbeginn in Niedersachsen einen Jugendarrest wegen Schulverweigerung verbüßt. 101 dieser Jungen und Mädchen saßen in der Jugendarrestanstalt in Emden ein, 83 in Göttingen, 61 in Verden, 42 in Nienburg sowie 39 in Neustadt am Rübenberge. Das geht aus der Antwort der Landesregierung auf eine Anfrage der FDP im Landtag hervor. Im ganzen vergangenen Jahr waren es nur rund 540 Schüler gewesen – manche mussten offenbar sogar mehrfach in den Arrest und wurden möglicherweise doppelt gezählt.

Justizministerin Antje Niewisch-Lennartz (Grüne) hatte im April angekündigt, das Jugendarrestvollzugsgesetz zu reformieren, weil zwei Drittel der jugendlichen Straftäter nach der Entlassung wieder straffällig werden. Zukünftig soll mehr Wert auf eine anschließende Begleitung im Alltag gelegt werden. Der Gesetzentwurf soll bald ins Kabinett eingebracht werden.

Landesweit wurde 2014 insgesamt 3781-mal der Jugendarrest vollstreckt. In jedem vierten bis fünften Fall wurde ein lernunwilliger Schüler in die Zelle geschickt. Dabei sei der Jugendarrest für Schulschwänzer das letzte Mittel, sagte ein Sprecher des Justizministeriums.

Wenn Kinder dauerhaft im Unterricht fehlen, informieren die Schulen zunächst die Eltern. Fruchten alle pädagogischen Versuche nicht, wird das Ordnungsamt informiert. Die Behörde erlässt dann einen Bußgeldbescheid. Wird dieser nicht gezahlt, kann ein Jugendrichter den Schulschwänzer dazu verpflichten, stattdessen Arbeitsstunden zu leisten. Verweigert der Jugendliche dies auch, folgt ein Arrest von maximal einer Woche.

In den fünf Arrestanstalten im Land erhalten die Jungen und Mädchen in der Regel jeden Tag vier Stunden Schulunterricht. Nachmittags erledigen sie handwerkliche Aufgaben. Die meist männlichen Arrestinsassen sind laut Ministerium zwischen 17 und 22 Jahre alt. Das Land Bremen hat keine Jugendarrestanstalt. Ein Schüler aus Bremen saß nach Angaben des Justizministeriums in diesem Jahr seinen Arrest in Emden ab.

Aus Sicht der FDP sind die Zahlen zu hoch. Der Bildungspolitiker Björn Förster sagte der HAZ: „Arrest sollte die letzte Antwort sein. Die Entwicklung zeigt, wie wichtig der flächendeckende Ausbau der Schulsozialarbeit durch das Land ist. Hierauf warten die Schulen seit zwei Jahren vergebens. Rot-Grün verweigert sich auch hier der Realität und den Notwendigkeiten.“

Ein Sprecher von Kultusministerin Frauke Heiligenstadt (SPD) sagte, ein Konzept für die schulische Sozialarbeit werde derzeit mit den zuständigen Kommunen im gesamten Land erörtert. Zugleich sei die Zahl der Schulpsychologen in Niedersachsen bereits deutlich erhöht worden.

HAZ, Titelseite 20.07. 2015

Eine Bilanz des Schulzwanges wird nicht mitgeliefert, die sieht nämlich nicht rosig aus. Zur Ehrenrettung der HAZ sei aber gesagt, dass in einem anderen Bericht darüber zu lesen war. Ich habe der HAZ statt eines Leserbriefes folgende Zitate geschickt.

Zitat statt Leserbrief

Zuschrift zu: "Immer mehr Schulschwänzer kommen in den Arrest"
von Christina Sticht und Karl Doebele HAZ vom 20. 07. 2015

> Das bessere Erziehungswesen, das wir brauchen, hat ein unpraktisches Kriterium, an dem man es leicht erkennt: Es kann niemandem aufgezwungen werden. Die Erneuerung der Erziehung ist eine geistig zu lösende Aufgabe; da wird jeder Zwang, auch der gutgemeinte, versagen: Der Apparat, geschaffen um den Zwang auszuüben, wird die guten Absichten, denen er vielleicht dienen sollte, vernichten. Triumphieren wird wieder der Nazigeist. - Vielleicht trägt er rote, vielleicht schwarze, vielleicht noch nie gesehene Farben... Nazigeist aber wird es sein. Dieser Geist kann nur durch einen besseren Geist verdrängt werden. Er wäre da, auch in Deutschland. Aber die Entfaltungsmöglichkeit wird ihm genommen - durch jene, die meinen, man könne geistiges Wachstum durch Behörden organisieren, durch jene, die eine «Reichsidee» irgendwelcher Färbung, einen Nationalismus in Neuauflage, oder vielleicht auch die unverbrüchliche Ergebnislosigkeit gegenüber Besatzungsbehörden als höchstes «Bildungsziel» propagieren. <

Aus: "Bürger für die Gesetze" von Friedrich Salzmann, 1949, Verlagsgenossenschaft freies Volk Bern, S. 145

Zitat II:

> Das wesentliche Instrument der offiziellen Volksaufklärung ist nicht das Radio, wie der moderne Bürger meinen könnte, sondern die Schule - und zwar deshalb, weil das dort vermittelte Wissen und Wollen, mehr als man oftmals meint, *morgen* das Handeln des Volkes mitbestimmen wird. «Was Hänschen nicht lernt, lernt Hans nimmermehr.» Vom Standpunkt einer Gesellschaft, die den demokratischen Grundgedanken nicht erfasst hat, wird damit die Schule eine Anstalt zur prophylaktischen Lenkung von Volksentscheiden. Nicht mehr der Staat ist ein getreues, wandelbares und entwicklungsfähiges Bild der Gesinnung und der Bildung der Bürger - wie es demokratische Theorie will - sondern dieser Staat legt - nicht etwa nur im Sinne einer natürlichen Wechselwirkung, sondern *gewollt* - Gesinnung und Bildung der Bürger fest, sogar, und das ist der tiefere Sinn der mit dem 6. oder 7. Lebensjahr einheitlich beginnenden Schulpflicht, Gesinnung und Bildung der Bürger von morgen. In die Demokratie hat sich ein wesensfremdes Element des totalitären Staates eingeschlichen: der Versuch, junge Menschen auf bestehende Wertungen und Ordnungen geistig festzulegen. *Was* dadurch konserviert wird, ist manchem mittlerweile klar geworden. < a.a.O. S. 28.f.

Wie ich schon geschrieben habe, erinnert die hier benutzte Argumentation an die Neoliberalen. Das ist zum Teil richtig und unvermeidbar und zum Teil falsch, weil hier ein ganz anderer ökonomischer Unterbau mitgedacht wird. Die Neoliberalen erster Prägung – auch Ordoliberalen genannt – unterscheiden sich in vielen Dingen wohltuend von den partiell blinden Neoliberalen zweiter Prägung, haben aber letztlich das Projekt *Soziale Marktwirtschaft* dadurch zu Fall gebracht, dass sie das Korrekturwissen zur Marktwirtschaft herkömmlicher Art der Freiwirtschaftsschule ignoriert haben und die freiwirtschaftlichen Gründer der Aktions-

gemeinschaft Soziale Marktwirtschaft aus ihrer eigenen Gründung gedrängt haben. Die Neoliberalen zweiter Prägung und auch die FDP haben die Marktwirtschaft dadurch in Verruf gebracht, dass sie mit dem Begriff *Marktwirtschaft* das lebensfeindliche, ausbeuterische Überlagerungsprinzip *Kapitalismus* geschützt haben, so dass sich heute schon wieder ein beträchtlicher Teil der Bürger von einer Staatswirtschaft in Form der Zentralverwaltungswirtschaft – auch Kommandowirtschaft genannt - eine Verbesserung oder gar eine Erlösung von ihrer Lage erhoffen. Bislang fördern die Medien diesen Prozess, weil sie über die wirklichen Probleme unserer Gesellschaft allgemein und über die Wirtschaft im Speziellen nicht aufklären können oder wollen.

Die Druckmedien kritisieren gerne und auch berechtigt oft die Funkmedien. Am 23. 7. 2015 kamen in einem Block der ARD-Sendung Monitor ausländische Deutschlandkorrespondenten zu Wort. Sie urteilten über die Berichterstattung deutscher Zeitungen über die Griechenlandkrise. Dabei kommen die deutschen Zeitungen nicht gut weg. Auch die Mitarbeiter haben Grund, sich deren Urteil anzuhören.

Deutsche Medien und die Griechenlandkrise - 6 Statements
<http://www1.wdr.de/daserste/monitor/index.html>

Sehr geehrter Herr Steingart, ich schätze Sie so ein, dass Sie meine Zeilen an die Redakteure des Handelsblattes weiterreichen. Ist das naiv von mir?

Mit freundlichen Grüßen

Tristan Abromeit

N.S. Ich füge hier noch drei ältere Beiträge von mir ein, die thematisch hier hinpassen. Der erste Text bezieht sich wohl auf Meldungen in der Hannoverschen Allgemeinen Zeitung und zwei auf das Handelsblatt-Morning-Briefing. Der an Herrn Sven Afhüppe gerichtete Beitrag ist ein abgebrochener Schrieb. Ich weiß nicht mehr, ob andere Verpflichtungen mich von der Fertigstellung abgehalten haben oder ob mich ein Gefühl der Sinnlosigkeit meiner Bemühungen überfallen hatte.

Nachtrag: Die HAZ meldet am 24. 7. 2015 in einem Bericht von Dieter Wonka unter der Schlagzeile >Betreuungsgeld soll an die Länder fließen / Niedersachsens Regierungschef Stephan Weil schlägt Aufteilung nach Bevölkerungszahl vor< Es heißt darin u. a.:

>...Sachsens Sozialministerin Barbara Klepsch (CDU) regt an, den Ländern die Aufgabe zu übertragen - wenn der Bund aus eigener Kraft das Geld nicht für familienpolitische Leistungen im Spiel halten könne: „Mir ist Wahlfreiheit wichtig. Wenn jemand sein Kind zu Hause betreuen will, darf er nicht enttäuscht werden. Aber genauso muss es ausreichende und gute Kita-Plätze geben.

Die von Niedersachsens Ministerpräsident Weil vorgeschlagene Regionalisierung der Mittel aus dem Topf für das Betreuungsgeld greift im Prinzip eine Idee aus den Koalitionsverhandlungen zu Beginn dieser Legislaturperiode wieder auf. Damals hatte die SPD-Politikerin und heutige Familienministerin Manuela Schwesig diese Lösung vorgeschlagen. Mit einer entsprechenden Öffnungsklausel für die Länder sollte sichergestellt werden, dass die einen den Ausbau der Kindertagesstätten vorantreiben können, während andere sich auf das Betreuungsgeld konzentrieren könnten. „Die SPD sollte jetzt den von ihr selbst einmal gewollten Weg zu einem vom Bund finanzierten Länder-Betreuungsgeld freimachen“, erklärte Schwesigs damalige CSU-Verhandlungspartnerin Dorothee Bär gegenüber der „Rheinischen Post“. ... <

Fortsetzung nächste Seite!

Kommentar zum Thema
Bildungsguthaben, Bildungsgutschein,
Bildungs-Chip-Karte, Bildungscard
Bezug:

07.08.2010 22:11 Uhr

*Debatte / CSU gegen Bildungsgutscheine
für Hartz-IV-Kinder dpa*

12.08.2010 13:04 Uhr

*Neuregelung der Leistungen
Arbeitsministerium prüft Bildungs-Chipkarte
für Hartz-IV-Kinder dpa*

13.08.2010

*Von der Leyen plant Bildungschipkarte
für alle Kinder Von Dirk Schmalzer*

14.08.2010

*Bildungs-Chipkarte Bildung für alle – wenn Berlin bezahlt
Von Veronika Thomas*

16.08.2010

*Warnung vor dem „Super-Nanny-Staat“
Die CSU will einfach nur mehr Geld für arme Familien,
keine Chipkarten für Mittagessen und Musikschule Von Ralf Volke*

Bildungscard soll Mitte 2011 kommen /
Leistungen werden individuell und regional abweichen
von Michael M. Grüter 17. 8. 2010

Wenn eine Zeitung nur über das berichten will, was Berlin einmal mehr an „Bockmist“ produziert, dann genügen dpa-Meldungen, die dann nur das zur Verstärkung des Gehörten wiederholen, was die Leser schon am Tag vorher im Radio oder Fernsehen gehört haben. Wenn aber eine Zeitung auf Dauer im Medienmarkt bestehen will, dann muss sie in namentlich gekennzeichneten Beiträgen die Mehrdimensionalität eines Problems aufzuzeigen in der Lage sein.

Da das politische Vorhaben und die damit verbundene Debatte durch ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts ausgelöst wurde, das besagt, dass die Kinder bei den finanziell bedürftigen zu kurz kommen, wäre als erstes zu beleuchten, warum denn in der reichen Republik Deutschland soviel Menschen finanziell bedürftig sind.

Es wäre dann zu fragen, warum es in einer Marktwirtschaft eine Unterbeschäftigung geben kann, die so viele Menschen arbeitslos und finanziell bedürftig machen. Theoretisch dürfte es in diesem System gar keine Arbeitslose geben, folglich müssen Systemfehler vorliegen.

Was hat der Sachverständigenrat, die Wirtschaftswissenschaft insgesamt und die Wirtschafts- und Wissenschaftspolitiker insbesondere dazu getan, um diese Systemfehler zu beseitigen? Das wäre die Folgefrage. Die Antwort müsste lauten, wenig oder nichts.

Dann besteht die berechtigte Sorge, dass die Differenz zwischen dem Einkommen aus Arbeit und dem Einkommen aus Sozialleistungen zu gering wird und somit der Anreiz zur Arbeitsaufnahme nicht groß genug ist. Aber warum wird dann nicht erörtert, warum das Arbeitseinkommen auf einen so niedrigen Stand gefallen ist, daß die Differenz zu den Sozialleistungen so gering ist, während das Kapitaleinkommen auf einem hohen Stand sich befindet und sich immer mehr auf weniger Personen konzentriert. Dabei stimmen die Mehrzahl der Klassiker der Ökonomie darin überein, daß nur die Arbeit ökonomische Werte schafft. Und soweit das Kapitaleinkommen verteidigt wird, wird es als eine Ausnahmeerscheinung beschrieben oder mit fragwürdigen Argumenten vorgenommen. Verdrängungen sagt die Psychologie führen bei Menschen, wenn sie nicht aufgearbeitet werden, zu Problemen. Das ist in der Ökonomie mit größeren Wirkungen genauso.

Besonders ärgerlich ist in dem jetzigen politischen Vorhaben der Missbrauch des Wortes Bildungsguthaben (in verschiedenen Varianten). Der Begriff dieses Wortes steht für ein anderes Bildungssystem mit Bildungsfreiheit, das der Idee von einer freien Gesellschaft entspricht. Den wenigsten Bürgern und Bürgerinnen ist bewusst, dass die Basis unseres heutigen Bildungssystems von den Nazis geschaffen wurde. (Man gebe mal die Worte „Schulpflicht“ oder „Schulzwang“ in eine Suchmaschine ein.)

Vor ein paar Jahren habe ich mit Freunden überlegt, wer denn wohl zuerst die Idee mit der Finanzierung der Bildung durch Bildungsguthaben hatte. Wir kamen auf den verstorbenen Nobelpreisträger Milton Friedman, stießen dann auf John Stuart Mill (1806 – 1873 / „Über die Freiheit“). Aber Eckehard Behrens (vom Seminar für freiheitliche Ordnung (www.sffo.de) und Bildungspolitiker in der FDP) vermeldete dann:

„Aber ich habe gerne bei einem mir seit langem - auch persönlich - bekannten Wissenschaftler, Ulrich van Lith, *Der Markt als Ordnungsprinzip des Bildungsbereichs* (Habilitationsschrift, veröffentlicht München 1985) nachgelesen. Er schreibt (Seite 184), dass die Idee auf Thomas Paine zurückgehe, *The Rights of Man*, 1791/92, auf deutsch *Die Rechte des Menschen*, hersg. Von Stemmler, Frankfurt 1973, Seite 289 und 294. John St. Mill war dann einer der Zwischenträger dieser über 200 Jahre alten Idee.“

Den Menschen wird also schon lange eines ihrer Natur, ihren Interessen und der Idee von den Freien in einer freien Gesellschaft (Franz Oppenheimer „Der Staat“) entsprechendes Bildungssystem vor enthalten. Wenn es jetzt von der CSU und Wohlfahrtsverbänden verlautet, der Bildungs-Chip nach Art von der Leyen würde die Eltern entmündigen, dann stimmt das zwar, wenn nicht allen Kindern – unabhängig vom Einkommen der Eltern – zugebilligt wird, wirkt aber als Aussage mit Bezug auf das gesamte Bildungssystem so, als wenn ein notorischer Lügner einmal die Wahrheit spricht.

Wenn die in unseren Parlamenten vorhandenen Volksvertreter der verschiedenen Parteien auch nur einen Funken von Freiheitsliebe und nicht so viel Zwangsbe-glückungsphantasien im Kopf hätten, dann wären sie schon bei der Krippendis-kussion auf die Idee gekommen, die Eltern ökonomisch in die Lage zu versetzen, nach Krippenplätzen Nachfrage zu halten. Aber wo käme die Politik – die die Ideologie der „*Freiheitlich demokratische Grundordnung*“ wie eine Fahne vor sich her trägt – auch hin, wenn nicht jede Maßnahme den Bestand der Bürokratie sichert und ausweitet und die Bürgerinnen und Bürger in den Stand der Unmün-digkeit gehalten würden.

Tristan Abromeit
www.tristan-abromeit.de

Familienpolitik / Betreuungsgeld und Streitgespräch über multiple Krisen unserer Ökonomie

Anmerkungen von Tristan Abromeit (Abromeit@t-online.de) vom 1. 7. 2013

Sven Afhüppe, Stellvertretender Chefredakteur des Handelsblattes, schreibt im
Handelsblatt **MORNINGBRIEFING**
vom Mittwoch, den 31. Juli 2013 u.a.:

> Als Vater von zwei Kindern beobachte ich den Streit von Union und SPD um die richtige **Familienpolitik** mit großem Interesse. Aus eigener Erfahrung schätze und respektiere ich die Arbeit, die Eltern für die **Erziehung** ihrer Kinder leisten - egal, ob sie in Teilzeit oder gar nicht arbeiten. Aber warum muss der Staat diese Leistung mit einem **Betreuungsgeld** belohnen? Müsste es dann nicht im Grunde auch für die Renovierung der eigenen vier Wände, das ehrenamtliche Engagement in einem karitativen Verein oder die Pflege von kranken Freunden eine staatliche Prämie geben? Subsidiarität meint **Freiheit für Verantwortung** - und keine **staatliche Omnipräsenz**. <

Wenn die Vaterschaft ein Kompetenznachweis für Fragen der Familienpolitik ist, dann habe ich eine größere Kompetenz als Sven Afhüppe, denn ich habe nicht nur zwei sondern sieben Kinder mit zwei Frauen. Aber sowohl meine Exfrau wie die jetzige langjährige Frau und auch meine Kinder würden bei Nachfrage diese Kompetenz bezweifeln. Ich will damit nicht den Wert der eigenen Erfahrungen mindern, sondern nur darauf hinweisen, dass diese durch eine gründliche Analyse ergänzt werden müssen. Das Ergebnis der Analyse wird aber von dem Bild bestimmt, das der Analytiker (und sein Auftraggeber) vom Individuum, von der Familie, der Gesellschaft, dem Staat und der Weltgemeinschaft in sich trägt. Das Handelsblatt täte gut daran einmal in der Woche eine Seite für Kurstabellen zu streichen und dafür die Möglichkeiten der Gestaltung von Familien-, Sozial- und Bildungsökonomie unter ordnungspolitischen Gesichtspunkten darzustellen. Es ist überhaupt blamabel für die Wirtschaftsredaktionen unserer Republik, dass zur Ökonomie der sozialen Sicherung und der Bildungsökonomie nur ganz selten etwas zu lesen ist. Und dies doch der Fall ist, sind es Verlautbarungen der Regierung oder der Parteien und die Redakteure und Journalisten merken äußerst selten, dass sich die Maßnahmen und ihre Kommentare dazu im Fahrwasser der Zentralverwaltungswirtschaft bewegen.

Was bedeutet eigentlich „neoliberal“?

14.08.2013, 06:00 Uhr

Blindes Marktvertrauen und soziale Kälte sind Attribute, die insbesondere seit der jüngsten Finanzkrise mit dem Begriff des „Neoliberalismus“ verknüpft werden. Die ersten Vertreter dieser politischen Richtung hatten aber anderes im Sinn.

Neoliberal – das gilt heute als Beschimpfung, schwingt dabei doch immer der Vorwurf des blinden Vertrauens in den Markt mit. Ex-Linke-Chef Oskar Lafontaine etwa definierte den Neoliberalismus so: „Eine ökonomische Theorie, verbrämt mit professoralem Geschwätz, verkürzt auf einen Satz: die Durchsetzung eigener Interessen.“

Doch das ist ein großes Missverständnis: Denn die Neoliberalen, die sich 1938 in Paris formierten, wollten den Markt nicht deregulieren – im Gegenteil. Für die Gründer, darunter Ökonomen wie Wilhelm Röpke oder Alexander Rüstow, war der Manchester-Kapitalismus des 19. Jahrhunderts der Hauptgrund für die Wirtschaftskrise nach 1929 – eine Krise, die einen durchschnittlichen Amerikaner ein Drittel seines Wohlstands kostete und einen Deutschen ein Viertel. „Der neue Liberalismus“, so Rüstow, „fordert einen Staat oberhalb der Wirtschaft, oberhalb der Interessenten, da, wo er hingehört.“ Die wohlstandsmehrende Kraft der Marktwirtschaft sollte genutzt, destruktive Monopole und Kartelle aber gebändigt werden.

Die Antworten von Tristan Abromeit:

> Was bedeutet eigentlich "neoliberal"? < I.

Danach fragt heute selten einer. Als Neoliberale werden jene bezeichnet, die mit einer fehlerhaften Theorie die Welt von ökonomischen Fehlentwicklungen befreien wollten und es immer noch wollen. Der Begriff hat aber - nachdem er für rücksichts- und systemloses Handeln benutzt wurde - heute vor allem eine Entlastungsfunktion für individuelles Unbehagen und bedient das Bedürfnis, Schuldige für ökonomische Fehlentwicklungen benennen zu können. Es ist nur eine Wiederholung dessen, was anderswo und zu anderen Zeiten mit Benennungen wie Sozis, Nazis, Marxisten, Kapitalisten, Unternehmer, Gewerkschaften oder auch mit Freimaurer, Islamisten oder Juden benannt wurde. Wenn die ökonomischen Systemfehler nicht erkannt werden und aus dem Gefühl des Unbehagens und den Vermutungen über die Ursachen ein Programm gemacht wird, das eine Personengruppe in Haft nimmt, dann wird daraus wie bei den Nationalsozialisten und Kommunisten etwas Grausiges. Dagegen hilft nur Aufklärung, die von der ganzen Wirtschaftspresse nur ungenügend geleistet wird. TA

> Was bedeutet eigentlich "neoliberal"? < II.

Der Begriffsbestandteil "neo" in Neoliberalismus deutet ja darauf hin, dass es einen alten Liberalismus gegeben hat. Und wenn der zufriedenstellend gewesen wäre, hätte man nicht versucht, einen neuen zu formulieren. Wenn man in einer Geschichte der Volkswirtschaftslehre oder Wirtschaftsgeschichte blättert, kann man leicht feststellen, dass es dort nicht nur um Erkenntnisgewinne geht, sondern jeweils auch um die Überwindung von ökonomischen Unzu-

länglichkeiten in der jeweils vorangegangenen Zeit. Wer sich etwas mit der geistigen Hinterlassenschaft von Wilhelm Röpke und Alexander Rüstow befasst hat und das mit dem vergleicht, was später unter Neoliberalismus propagiert wurde, der kommt nicht umhin, von Neoliberalismus erster und zweiter Prägung zu sprechen. In der ersten Prägung des Begriffes Neoliberalismus - für den – der Klarheit halber - besser der Begriff Ordoliberalismus benutzt werden sollte - kommt es sehr darauf an, der Freiheit - besonders in der Wirtschaft - durch eine Ordnung Raum zu geben. In der zweiten Prägung des Neoliberalismus ging und geht man davon aus, es genüge, wenn der Staat sich mit seinen Gesetzen und Verordnungen zurückhält. Man darf nicht vergessen, dass der N. erster Prägung eine Reaktion auf das wirtschaftliche Chaos war, dass die Demokraten in Zeiten der Weimarer Republik angerichtet hatten, das durch die Wirtschaftspolitik des Nationalsozialismus - die auf Mischformen von Staats- und Privatwirtschaft setzte – nicht abgelöst wurde, aber durch den verlorenen Krieg vergrößert wurde. Der Neoliberalismus zweiter Prägung konnte auch deshalb Raum gewinnen, weil auf der einen Seite – hinter dem Eisernen Vorhang - die Erfahrungen mit dem real existierenden Sozialismus vorlagen und im Westen mit den Unzulänglichkeiten des Keynesianismus gerungen wurde. Beide Prägungen des Begriffes Neoliberalismus sind am Ergebnis gemessen letztlich Fehlleistungen der Wirtschaftswissenschaft. TA

> Was bedeutet eigentlich "neoliberal"? < III.

Die Klärung des Begriffes Neoliberalismus kann nicht richtig gelingen, wenn er isoliert von anderen Begriffen, die zu seinem Wissensumfeld gehören, geklärt werden soll. Denn neoliberal ist eigentlich nur ein Bekenntnis zu einer Wirtschaftsform, die Effektivität mit individueller Freiheit gewährt. Für die Väter der Sozialen Marktwirtschaft (SM) - zu der nicht nur die Ordoliberalen gehörten, sondern auch die Freiwirtschaftler - war der Begriff SM eigentlich ein weißer Schimmel - also ein Pleonasmus, denn für die Ideengeber war das Soziale Bestandteil der Marktwirtschaft. Wenn sich dann aus der Idee eine Mischung aus Kapitalismus mit Elementen der Zentralwirtschaft für das Soziale Netz entwickelt hat, war das nicht im Sinne der „Erfinder“.³ Wenn wir weiterkommen wollen und nicht wieder mit Hass beim Mord und Totschlag enden wollen, dann müssen wir klären, welche Wirtschaftsordnungen uns mit welchen Wirkungen überhaupt zur Auswahl stehen. Es sind die Bedeutung der Begriffe Marktwirtschaft und Zentralverwaltungswirtschaft, Privat- und Staatskapitalismus, Wettbewerb und Zuteilung, Leistung und Nichtleistung im ökonomischen Sinne inhaltlich zu buchstabieren. Auch wenn der Marxismus als Versuch eines Korrektivs der kapitalistischen Verwerfungen an Bedeutung verloren hat, bleibt die Frage zu beantworten, wo die Ursachen für die wirtschaftlichen Konzentrationsprozesse und die Konjunkturstörungen liegen. Wer glaubt, die Hinweise auf die Fehler im Geldsystem und im Bodenrecht mit Verleumdungen aus der Diskussion heraushalten zu können, ist letztlich ein Menschenfeind. TA

3 Nachtrag vom 24. 7 2015: In der Fußnote 2 auf der Seite 4 habe ich auf den Artikel *Die DNA der Wirtschaft* von Florian Josef Hoffmann in der Zeitschrift *Humane Wirtschaft*, 4/2015 hingewiesen. Auf der Seite 10 ist zu lesen: >> Die Kernfrage ist doch, wodurch ist dieser Lebenssinn, den ein jeder kennt, verloren gegangen? Die Antwort darauf ergibt sich aus der Erkenntnis darüber, wie unser Wirtschaftsleben strukturiert ist und welche Gesetzmäßigkeiten gelten, die es zu nutzen oder zu kompensieren gilt. Der Kern der nachfolgenden Ausarbeitung ist eine neue Transparenz, ein neues Verständnis von dem, was sich „Wirtschaft“ nennt und das so beklagenswerte Entwicklungen hervorruft, dass Eingriffe dringendst erforderlich sind. Aber man kann nur dann erfolgreich in Dinge eingreifen, wenn man die Wirklichkeit erkennt, sie tatsächlich im Detail versteht. Die in der Wissenschaft gebräuchlichen Begriffe wie „die unsichtbare Hand“, „freier Wettbewerb“ oder „freie Marktwirtschaft“ helfen nicht weiter. Solche Nebelbegriffe erzeugen einen gefährlichen Glauben, aber keine Erkenntnis. Selbst der Begriff der „Sozialen Marktwirtschaft“ ist ein solcher Nebelbegriff, weil ein Markt aus Prinzip nur sehr bedingt sozial sein kann: Auf einem Markt bekommt nur der etwas, der etwas mitbringt. Wer kein Geld hat, drückt sich die Nase platt am Überfluss der Auslage hinter der Scheibe. Und wer nur zum Betteln ins Geschäft hinein geht, der wird verjagt.<< In der Tat ist es wichtig, die Begriffe zu klären. Auch der Begriff *sozial* ist vieldeutig und daher missverständlich. TA